

HEIMKINDER

Endstation Sehnsucht



Kein Familienersatz, aber dafür unter Gleichaltrigen: Leben im Foyer.

(Fotos: "Doheem" vom Christophe Wagner/Samsa)

Von zu Hause fortgelaufen, auf die schiefe Bahn geraten. Die Misere vieler verhaltensauffälliger Mädchen und Jungen bleibt oft ungelöst. Eine Gesetzesreform soll wirksamere Hilfe bringen.

Über sein Zuhause spricht Yves* nur ungern. Auch seine Freundin wusste zunächst nicht, wo er wohnte. Erst als sie ihm heimlich nachschlich, kam die Wahrheit ans Licht: Yves lebte nicht etwa mit den Eltern und Geschwistern, sondern mit sechs anderen Jugendlichen in einem Foyer in Bonneweg.

Sie sind zwischen zwölf und 18 Jahre alt und haben in ihrem kurzen Leben schon allerlei mitgemacht: Schläge und Belästigungen vom betrunkenen Vater oder der Mutter, Ärger mit dem Lehrer und chronisches Schulschwänzen. Einige sind gewalttätig, haben geklaut und waren deshalb auch schon in Dreiborn oder im Schrassiger Gefängnis - so wie Yves, der sich nichts sehnlicher wünscht, als eines Tages seinen eigenen Weg zu gehen, und dafür das Bäckerhandwerk lernt. Der 18-Jährige ist einer der Hauptprotagonisten in Christophe Wagners jüngstem Dokumentarfilm, der diese Woche in der Cinémathèque Premiere hatte. "Doheem" erzählt die wahre Geschichte zweier luxemburgischer Jungen, die beide aus zerrütteten Familien stammen, auf die schiefe Bahn gerieten und seit einiger Zeit in einem Heim leben. Sachlich und unaufgeregt, indem Eltern, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und vor allem die Betroffenen selbst zu Wort kommen, hinterfragt "Doheem" eine gängige und umstrittene Praxis im hiesigen Jugendschutz: die stationäre

"Fremdeinweisung" von so genannten verhaltensgestörten Mädchen und Jungen.

Justiz in der Kritik

"Die Justiz platziert nur, wenn es unbedingt nötig ist." Paul Zens vom "Service central d'assistance sociale" (Scas) ist sich sicher: Die Kritik, luxemburgische Jugendrichter und -richterrinnen würden gefährdete und verhaltensauffällige Kinder oft voreilig aus ihren Familien nehmen und in ein Heim einweisen, stimme so nicht.

Der dem Parquet unterstellte Scas verfasst die Berichte, auf deren Grundlage Richter und Staatsanwälte über die

unterschiedlichen Erziehungsmaßnahmen für die jungen Delinquenten entscheiden. Zens arbeitet als "Enquêteur". Gemeinsam mit seinen KollegInnen sammelt er Informationen über Kinder und Jugendliche, die bei der Justiz aktenkundig werden und über deren Hintergründe die Staatsanwälte und RichterInnen mehr erfahren wollen. So präzise wie möglich, mittels Gesprächen mit den Kindern selbst, den Eltern und anderen Verwandten, aber auch mit der Schule und dem schulpsychologischen Dienst (Spos) versuchen sich die Scas-MitarbeiterInnen ein Bild von der persönlichen und familiären Situation des

jeweiligen Jugendlichen zu machen, von seinen Potenzialen und auch von seinen Defiziten. Ihre Gutachten schicken sie dann, mit entsprechenden Empfehlungen für mögliche erzieherische Maßnahmen versehen, an die Gerichte. "Nur in etwa zehn Prozent der Fälle empfehlen wir, ein Kind aus der Familie zu nehmen", sagt Zens, der schon über 800 Fälle behandelt hat und sich in seinen Berichten "so gut wie nie geirrt" haben will. Eine interne Qualitätskontrolle im Scas und hohe Anforderungen an die Ausbildung der Enquêteurs sorgten dafür, dass die Berichte nach "transparenten" und "verlässlichen" Kriterien erstellt würden.

Das aber sieht das Jugend- und Familienministerium offenbar anders. In einem "Avant-projet de loi" zum Jugendschutz vom 3. Mai dieses Jahres, welcher der woxx vorliegt, kritisiert das Ministerium "la judiciarisation des problèmes vécus par les enfants". Auch wenn der Scas nicht ausdrücklich erwähnt wird: In dem Papier ist die Rede von bestimmten Akteuren, welche die Tendenz hätten, "à présenter aux instances judiciaires des situations 'urgentes' requérant des interventions 'immédiates' sans que des mesures alternatives n'aient été réellement envisagées". Die "déjudiciarisation de la protection de l'enfance et de la jeunesse" ist das erklärte Ziel des ministeriellen Vorentwurfes.

Tatsächlich ist die Zahl der Platzierungen, welche von den Gerichten angeordnet werden, in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Im Jahr 2000 waren es bei lediglich 60 Prozent aller Heimeinweisungen die RichterInnen, welche die Platzierung veranlassten, oft ohne Zustimmung der Eltern. Im Jahr 2003 dagegen stieg der richterliche Anteil an den Platzierungen auf fast 90 Prozent. Aktuellsten Zahlen zufolge waren am Ende vergangenen Jahres fast 450 Jugendliche in Heimen untergebracht, vorläufige Unterbringungen in den "Foyers d'accueil et de dépannage" mit eingerechnet.

"Die dauerhafte Einweisung ist meistens das letzte Mittel nach einer langen Vorge-

schichte von Auffälligkeiten", sagt die Vertreterin der Staatsanwaltschaft im Jugendschutzbereich Françoise Schanen bei einem Rundtischgespräch zum Thema "Heimerziehung", das die woxx am vergangenen Dienstagabend in der Cinémathèque moderierte.

Dass Staatsanwälte und Richter aber auch aus Mangel an geeigneten Infrastrukturen zur Platzierung greifen, zeigen jüngste Vorkommnisse um mehrere Kleinkinder. Weil in den zuständigen Einrichtungen keine Betten mehr frei waren, wurden sie kurzerhand in die Kinderklinik eingewiesen. Von Januar bis Mai, also fünf ganze Monate, wohnten die Kleinen dort. Ähnliche Engpässe haben schon dazu geführt, dass gefährdete Kinder mitsamt ihren Müttern in Frauenhäusern untergebracht wurden. "Dabei fehlte dort oft eine angemessene Betreuung", sagt Marie Anne Rodesch-Hengesch, Präsidentin vom Ombudskomitee für die Rechte vom Kind, die selbst jahrelang im Heim- und Frauenhausbereich aktiv war.

Vater weiß alles

Hintergrund der Einweisungspraxis ist aber nicht nur die herausgehobene Stellung, die dem Jugendrichter zukommt und ihm allein das Recht zubilligt, einschneidende erzieherische Maßnahmen für ein Kind oder einen Jugendlichen anzuordnen. Die Bedeutung, die Heimstrukturen im luxemburgischen Jugendschutz genießen, ist historisch gewachsen, Relikt aus einer Zeit, in der das Heim als Ersatz schlechthin für die fehlende oder unfähige Familie galt.

"Der hiesige Jugendschutz folgt einem paternalistischen Muster", sagt Gilbert Pregno. "Wir - die Justiz und die sozialen Einrichtungen - wissen stets, was angeblich das Beste für Kind und Familie ist." Dabei gibt es streng genommen keine Evaluation - und somit auch keinen Beweis - über Erfolg (oder Misserfolg) der verschiedenen Therapieangebote, erzieherischen Maßnahmen und Heimen. Vielen fehlt sogar ein klar definiertes, pädagogisch-therapeutisches Konzept. Sodass die Gerichte oft einfach dahin platzieren, wo gerade ein Bett frei ist. "Das geschieht dann Pi mal Daumen", so die Worte eines Heimleiters. Konsequenz der Zuweisungspraxis: In den meisten Einrichtungen befinden sich Jugendliche mit ganz unterschiedlichen Schwierigkeiten und Hintergründen, vermischen sich Täter und Opfer, treffen sexuell Traumatisierte auf Jugendliche mit Gewaltproblemen.

Das paternalistische Verständnis des hiesigen Jugendschutzes spiegelt sich auch im Umgang mit den Eltern wider. Sobald ein Kind dauerhaft in ein Heim eingewiesen wird, müssen die Eltern das Erziehungsrecht an die Heimleitung abtreten - und dies formell bis zum 18. Lebensjahr, denn so lange will es das Gesetz. Eine Zusammenarbeit mit den Eltern wird ExpertInnen zufolge somit erschwert. Weil viele Mütter und Väter



Eher trist sind die Aussichten vieler Jugendlicher im "Centre de la dernière chance" in Dreiborn.

Zuerst das Kind

Verhaltensauffällige Kinder aus zerrütteten Familien landeten bislang oft im Heim. Damit soll bald Schluss sein. Das Familienministerium plant eine Gesetzesreform, die einer übertriebenen Praxis der Heimeinweisung den Riegel vorschiebt und den Jugendschutz modernisiert.

den Entzug ihres Rechtes als ungerechte Strafe empfinden, schwindet oft jeglicher Antrieb, sich trotzdem um ihr Kind zu kümmern. "Das ist ein kontraproduktiver Automatismus", ärgert sich Pregno, der zudem davon überzeugt ist, dass Luxemburg mit dieser "Entmündigung" gegen internationales Recht verstößt.

In der Tat stößt die Praxis auch im Ausland vielfach auf Unverständnis und Ablehnung. In ihrem dritten Länderbericht von 2003 empfiehlt die UN-Kinderrechtskommission dem luxemburgischen Staat, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die elterlichen Rechte und die Eltern-Kind-Beziehung angemessen schützen zu können, "die Revision bestehender Gesetze eingeschlossen".

Paradigmenwechsel im Jugendschutz?

Von der Übertragung der elterlichen Erziehungsrechte, so die KinderrechtsexpertInnen weiter, dürfe nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden, und dies auch nur "im besten Interesse des Kindes". Deutliche Worte, die sich die Beamten des Familienministeriums offenbar zu Herzen genommen haben: Aktive Partizipation - insbesondere des Kindes, aber auch seiner Eltern - wird im Gesetzesvorentwurf groß geschrieben. Außer in Fällen von sexuellem Missbrauch und Misshandlungen behalten Mütter und Väter die Erziehungsrechte. Mehr Motivation und Interesse an der weiteren Entwicklung ihres Kindes versprechen sich die ExpertInnen davon. Auch das neu zu schaffende, unabhängige "Office national de l'enfant" (ONE) wird ausdrücklich dazu verpflichtet, "de faire participer les enfants et leurs parents à l'élaboration de solutions appropriées".

Das ONE ist es auch, das künftig über die Auswahl geeigneter Erziehungsmaßnahmen entscheiden und über die Angemessenheit von Fremdeinweisungen verhaltensauffälliger Kinder und jugendlicher wachen soll (siehe rechts). Sollte sich diese Idee durchsetzen, käme das einem Paradigmenwechsel im luxemburgischen Jugendschutz gleich.

Zwar versuchen die meisten Foyers und Centres heute schon, mit den Eltern zusammen zu arbeiten, und SozialarbeiterInnen und PsychologInnen werden nicht müde zu betonen, wie elementar Kooperation und Einsicht für den Erfolg jeglicher Interventionen sind. Doch

dass die Meinung, Wünsche und Sichtweisen des Jugendlichen und seiner Eltern auch vom Gesetzgeber als unverzichtbar für den Erziehungs- und Heilungsprozess betrachtet werden - das ist neu. Zu Recht heißt es in dem Vorentwurf denn auch: "L'engagement de promouvoir la participation implique l'abandon de concepts éducatifs paternalistes et autoritaires."

Das Vorhaben stößt freilich nicht überall auf Verständnis. "Das Gesetz ist gut, so wie es ist", sagt Françoise Schanen vom Jugendgericht. Eltern, die mit den Heimen zusammen arbeiten wollen, könnten dies jederzeit tun. Scas-Mitarbeiter Zens findet die Gesetzesinitiative ebenfalls "im Grunde eher unnötig". Schließlich werde seit jeher "im Interesse des zu schützenden Jugendlichen entschieden". Das sei zudem eine Frage des Vertrauens.

Tatsache ist aber auch: Bislang war die Zusammenarbeit mit den Eltern und den betroffenen Jungen und Mädchen gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es gibt Fälle, in denen Eltern über ungerechtfertigte Heimeinweisungen geklagt haben. Bisher sind es in erster Linie die Gerichtsbehörden, ihre HelfershelferInnen vom Scas oder von den "Centres médico-sociaux", welche die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit jener Maßnahmen überprüfen, die sie selbst verordnet haben. Wie sagt ein Sprichwort: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Ines Kurschat

* Name geändert.



Von ihnen hängt so manches Schicksal ab: Die Berichte der "Enquêteurs" bilden die Grundlage für die Entscheidungen der JugendrichterInnen.

GESETZESREFORM

Ein Büro für Kinder

Das geplante Rahmengesetz zur Protection sociale soll bestehende Angebote aufeinander abstimmen und Qualität garantieren. Auch eine neue Finanzierung für den Heimbereich ist vorgesehen.

(ik) - "Et d'äerf kee Psycholog oder Sozialaarbechter lech Deputéierten an och dem Minister soen, mir géife keng Mëttele kréien. Et ass enorm, wat mir u Mëttelen hunn, fir Projeten ze réaliséieren." Der Mann, der diese Aussage vor vier Jahren gegenüber der Spezialkommission "Jeunesse en détresse" machte, müsste es eigentlich wissen. Gilbert Pregno ist Psychologe und Direktor bei der Fondation Kannerschlass. Die Stiftung bietet Tag- und Nachtbetreuung für Kinder und Jugendliche in familiären und psychischen Krisensituationen, ist aber auch auf Elternarbeit spezialisiert. Für Pregno, und für viele andere ExpertInnen aus der Praxis, mangelt es im luxemburgischen Jugendschutz nicht so sehr an Infrastrukturen. Vielmehr sind bestehende, sozio-educative und therapeutische Angebote ungenügend organisiert und kaum miteinander vernetzt. "Es gibt Strukturen, die miteinander kooperieren, aber das geschieht dann meist aus Eigeninitiative", sagt Pregno.

Das im geplanten Rahmengesetz zur Protection sociale beschriebene "Office national de l'enfant" dürfte deshalb in seinem Sinne sein. Als Gremium zwischen Justiz und Heimbereich angesiedelt, soll es die individuellen Möglichkeiten und Schwierigkeiten von Kindern, die sich in einer Krise befinden, bewerten und Gespräche zwischen Eltern, Jugendlichen und Institutionen organisieren. Außerdem ist es zuständig für die Kooperation mit den verschiedenen Leistungsträgern. Daneben überprüft das Büro regelmäßig die Entwicklung der Kinder, und es wacht darüber, ob eine Platzierung weiterhin angemessen und sinnvoll ist. Das unabhängige Gremium, das sich aus erfahrenen ExpertInnen aus Justiz und der Praxis zusammensetzen soll und unter der Aufsicht des Familienministeriums stünde, soll auf

Initiative des Ministerium, der Gerichte und des Ombudskomitees für Kinderrechte tätig sein. Es kann aber auch nach eigener Einschätzung aktiv werden. In seiner Funktion ähnelt es also dem deutschen Jugendamt.

Das Büro wird teilweise in Fachkreisen bereits als "bürokratischer Wasserkopf" kritisiert, mit dem das Familienministerium versuche, mehr Einfluss auf jugendrechtliche Entscheidungen zu bekommen. Tatsächlich würden mit einem solchen Rahmengesetz die Gewichte und Verantwortlichkeiten im Jugendschutz neu verteilt: RichterInnen würden nur noch in ganz besonders schwierigen Fällen Heimeinweisungen aussprechen dürfen, und dies auch nur befristet. HeimleiterInnen, SozialarbeiterInnen, (Schul-)Psychologen, sie alle wären gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Maßnahmen mit den Eltern und dem Kind auszuhandeln.

Wer weiß, dass hier zu Lande keine unabhängige Evaluation über die verschiedenen erzieherischen und therapeutischen Angebote existiert, dass es gar den meisten luxemburgischen Heimen an transparenten Qualitätskriterien und Konzepten mangelt, und die richterliche Zuweisungspraxis zudem oft pragmatischen Gesichtspunkten folgt (siehe Text links), dürfte für diese Kompetenzverschiebung aber grundsätzlich Verständnis zeigen.

Für die Anbieter sozio-educativer Hilfen und psychosozialer Unterstützung sollen dann auch präzisere Kriterien vorgeschrieben werden, die sie einhalten müssen, um eine Konvention vom Staat zu bekommen. Dazu gehört neben einem klaren Leitbild, das sich an der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen orientiert, die Einbeziehung der Kinder und ihrer Eltern in die Behandlung. Körperliche Züchtigungen und Diskriminierungen werden nunmehr ausdrücklich verboten. Stattdessen rücken Werte wie die Meinungsfreiheit, Respekt und Dialog, Mediation und Kooperation in den Mittelpunkt.

Mehr Geld für Problemfälle

Für hitzige Diskussionen vor allem in den Heimen dürfte zudem der neue Finanzierungsmodus sorgen, den das Ministerium im Avant-projet vorschlägt. Bisher wurde pro Heim und Haushaltsjahr jeweils eine bestimmte Bettenanzahl vorgesehen und diese entsprechend einer durchschnittlichen Belegquote bezahlt. Die Fehlkosten, die von der Pauschale nicht abgedeckt wurden, übernahm der Staat (Fehlbedarfsfinanzierung). Künftig will sich der Staat nur noch über genau definierte Tages- und Stundensätze an den Kosten einer

Heimeinweisung beteiligen. Je nachdem, wie schwer die Verhaltensauffälligkeiten sind und wie intensiv eine Betreuung ausfällt, gilt ein anderer Tarif. Am teuersten kämen den Staat demnach Plätze im "Accueil psychothérapeutique", der sich an Minderjährige mit "schweren psychischen Störungen" richtet und bei denen psychiatrische Interventionen notwendig sind.

Von dieser Finanzierungsweise verspricht sich das Ministerium vor allem flexiblere Aufnahmekapazitäten und einen schnelleren Zugang zu den Leistungen für den Notfall. Immer wieder kommt es vor, dass Heimleitungen die Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen verweigern - weil alle Betten bereits belegt sind oder aber, weil sie den mit einem besonders kritischen Fall verbundenen Mehraufwand scheuen. Mit nach Schwierigkeitsgrad abgestuften Tarifen könnte es für Heime interessant werden, auch problematischere Jugendliche bei sich aufzunehmen und entsprechende Hilfsprogramme anzubieten. Dann würde sich womöglich auch die Praxis des "Exports" luxemburgischer Problemkinder ins Ausland ändern. Derzeit werden 114 minderjährige Jungen und Mädchen in ausländischen Heimen und Kliniken (Belgien, Deutschland) betreut, das sind immerhin fast 15 Prozent aller Platzierten.

Doch der Vorschlag lässt viele Fragen offen, und er ist auch nicht ungefährlich. Zum einen ist unklar, wie zum Beispiel mit den Personalkosten verfahren werden soll, welche Qualitätskriterien und welche Angebote im Einzelnen für den luxemburgischen Jugendschutzsektor angestrebt und welche eher im Ausland gesucht werden. Zum anderen tritt das Ministerium die Kostendiskussion ausgerechnet in Zeiten los, in denen staatliche Mittel nicht mehr ganz so üppig fließen. Das ist nachvollziehbar, könnte aber als Signal verstanden werden, dass es dem Ministerium in erster Linie darum geht, im Sozialbereich einzusparen. Es birgt zudem die Gefahr, dass die Finanzierungsdebatte die inhaltliche Überlagerung oder behindert: weil verunsicherte Leistungsträger es vorziehen, ihren Status quo zu verteidigen statt über neue Wege zu diskutieren. Auch die umfassende Vernetzung, die der Sektor bislang missen lässt, wäre dann noch schwieriger zu erreichen: statt wertvolle Kooperation gäbe es (noch mehr) kontraproduktive Konkurrenz. Im Interesse der Kinder und Jugendliche ist das nicht.